



Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 10/2003-2008 am
29.11.2004 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.15 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Michael Meschede
Ausschussmitglied	Dietmar Bittner
Ausschussmitglied	Folker Brocks
Ausschussmitglied	Britta Bueschler
Ausschussmitglied	Edda Lessing
Ausschussmitglied	Dieter Pemöller
Ausschussmitglied	Clauss-Dieter Rommerskirchen
Ausschussmitglied	Peter Rüter
Ausschussmitglied	Carsten Schäfer
Ausschussmitglied	Gerd Schümann
Ausschussmitglied	Joachim Süme, zugleich als Bürgervorsteher
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Jens Richter Bärbel Brix als Protokollführerin

Herr Meschede eröffnet als Ausschussvorsitzender die Sitzung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Verpflichtung eines bürgerlichen Ausschussmitgliedes“

Frau Britta Bueschler ist von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 16.11.2004 als Nachfolgerin für Herrn Mariano Córdova in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss gewählt worden.

Frau Bueschler wird von Herrn Meschede durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihre Tätigkeiten eingeführt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Von Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.



Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 9/2003-2008 am 25.10.2004“

Frau Lessing erhebt Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung 9/2003-2008 am 25.10.2004. Sie hat zwei Punkte zu TOP 4 „Haushaltsplan 2005“ a.) „1. Entwurf des Verwaltungshaushalts 2005“ zu beanstanden:

1. Die Argumentation der SPD-Fraktion in der Diskussion zur Verabschiedung der Haushaltssatzung im Dezember 2004 ist nicht ausreichend dargestellt. Sie bittet darum, die Argumente in die Niederschrift aufzunehmen.

Nachtrag zur Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses 9/2003-2008 am 25.10.2004 zu Punkt 4 a) der Tagesordnung:

Frau Lessing spricht sich dafür aus, den Haushalt 2005 im Dezember 2004 zu beschließen. Sie kennt aus eigener Erfahrung, wie unbefriedigend in der Praxis ein nicht beschlossener Haushalt ist.

Mit Blick auf den Vorschlag von Herrn Schäfer, eine Beschlussfassung im 1. Quartal des Jahres 2005 herbeizuführen, klärt Frau Lessing darüber auf, dass zunächst die Haushaltsplanung 2005 abzuschließen ist und danach über den Jahresabschluss 2004 zu beraten sei. Dann würde man weitersehen.

Nach Auffassung von Herrn Ostwald ändert es nichts daran, dass fällige Rechnungen zu bezahlen sind, egal, ob der Haushalt im Dezember 2004 oder im Juni 2005 beschlossen wird. Die Sachverhalte unterliegen einer ständigen Veränderung. Sofern man all diese abwarten möchte, könne man das Ziel, einen Haushalt für das Jahr 2005 zu beschließen, nie erreichen.

Frau Lessing ist der Meinung, dass es irgendwie zu schaffen sein sollte, den Haushaltsausgleich hinzubekommen.

2. Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes hat Frau Lessing Bürgermeister Dornquast gefragt, warum keine Haushaltsmittel für die offene Ganztagschule eingestellt sind. Frage und Antwort sind in der Niederschrift nicht dargestellt. Frau Lessing schlägt vor, dass sie die Frage im Rahmen der Beratungen zu Punkt 5 der heutigen Tagesordnung wiederholt und der Sachverhalt entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

Weitere Einwendungen werden nicht erhoben; damit ist die Niederschrift über die Sitzung 9/2003-2008 am 25.10.2004 mit Ausnahme der beanstandeten Punkte genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Schlussbericht über die Jahresrechnung 2003“

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eine Beratungsvorlage und den Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2003 einschließlich Anlagen erhalten.



Frau Lessing, Herr Schäfer und Herr Rommerskirchen erläutern die von ihnen durchgeführte Prüfung der Jahresrechnung anhand des Prüfungsplanes und der im Schlussbericht über die Jahresrechnung 2003 enthaltenen Ausführungen.

Herr Schäfer gibt zu bedenken, das es sich bei den hier prüfenden Personen um Laien handelt. Hinsichtlich der Beurteilung technischer Gegebenheiten, wie beispielsweise der Prüfung der Ausgaben im B-Plan Nr. 70, stößt diese Gruppe an ihre Grenzen.

Frau Lessing entgegnet, dass das vom Gesetzgeber so gewollt sei. Sie verweist hinsichtlich des Prüfungsauftrages auf Seite 1 des Abschlussberichtes. Danach ist zu prüfen, ob z.B. für die Ausgaben Belege vorliegen oder die Auftragsvergabe richtig und nachvollziehbar erfolgt ist. Auch sie sieht sich nicht in der Lage zu beurteilen, ob beispielsweise Beton der richtigen Festigkeitsklasse für eine Straße verwendet wurde.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Jahresrechnung 2003, die

im Verwaltungshaushalt

in Einnahme mit	31.635.253,71 EUR
in Ausgabe mit	31.635.253,71 EUR

und im Vermögenshaushalt

in Einnahme mit	7.912.539,93 EUR
in Ausgabe mit	7.912.539,93 EUR

abschließt, zur Beschlussfassung.

Beschlussfassung:

Einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:
„Haushaltssatzung 2005“

Als Beratungsunterlage ist den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Entwurf der Haushaltssatzung 2005 mit allen Bestandteilen und Anlagen übersandt worden. Der Vorbericht ist noch nicht enthalten.

Herr Meschede stellt die Haushaltssatzung 2005 vor und weist insbesondere auf den ausgewiesenen Kreditbedarf hin. Anschließend wird dieser Punkt zur Beratung freigegeben.

Frau Lessing fragt nach den Kosten für die Einführung der Ganztagschule. Nach ihrer Kenntnis müssten zumindest 10% der Gesamtinvestition im Vermögenshaushalt eingestellt werden, weil der Kultur- und Jugendausschuss im Juni dieses Jahres die Verwaltung beauftragt hat, die Einführung der offenen Ganztagschule vorzubereiten. Ziel war die Einführung zum Schuljahr 2005/2006. Sie fragt nach dem derzeitigen Stand der Dinge.



Bürgermeister Dornquast berichtet, dass zwei Mitarbeiter in das zuständige Ministerium nach Kiel gefahren sind, um über die Vorgaben des Landes Schleswig-Holstein für die Genehmigung einer Ganztagschule zu sprechen.

Zur Zeit wird ein Raumprogramm für die Ganztagschule vorbereitet. Die Vorplanung erfolgt durch ein Architekturbüro und wird in den Gremien vorgestellt. Die vollständige Umsetzung mit den erforderlichen Umbaumaßnahmen wird für das Jahr 2005 nicht erreichbar sein. Möglicherweise kann als Übergangslösung ein gemeinsames Mittagessen im Sommer 2005 angeboten werden. Zunächst muss jedoch eine Bedarfsabfrage bei den Eltern erfolgen. Auch die Schule selbst ist in der Pflicht, Wünsche für das Vollzeitangebot zu sammeln und entsprechend in das Konzept einzubringen.

Inwieweit eine Realisierung zum Schuljahresbeginn im 2. Halbjahr 2005 möglich ist, bleibt abzuwarten.

Herr Ostwald zieht aufgrund der Ausführungen des Bürgermeisters den Schluss, dass noch kein Antrag beim Land Schleswig-Holstein zur Einführung einer Ganztagschule gestellt wurde. Ihm war nicht bekannt, dass sich die Umsetzung des vom Kultur- und Jugendausschuss gefassten Beschlusses kompliziert und schwierig gestaltet. Er fragt, ob es zum damaligen Zeitpunkt nicht absehbar war.

Bürgermeister Dornquast antwortet, dass ein Antrag formeller Art erst gestellt werden kann, wenn die Vorgaben des Landes wie z.B. Mittagsverpflegung, ausreichende Nachmittagsangebote und weiteres erfüllt sind und die Schule das Konzept verabschiedet hat. Die Sach- und Rechtslage war zunächst so nicht klar und hat sich erst mit Beginn der Arbeiten zur Umsetzung des Beschlusses herausgestellt.

Herr Schümann bittet um Aufklärung, wie sich die inneren Verrechnungen des Baubetriebshofes zu den anderen Einrichtungen der Gemeinde verhalten. Der Niederschrift ist eine Zusammenstellung der inneren Verrechnungen zu Gunsten des Baubetriebshofes beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Rüter wird bestätigt, dass die Ausgaben für die Götzberger Mühle im Investitionsplan enthalten sind. Die in dieser Angelegenheit zu schließenden Verträge werden demnächst im Kultur- und Jugendausschuss vorgestellt.

Herr Süme verweist auf die eingeplante Kreditaufnahme von rd. 365.000,00 EUR. Das erklärte Bemühen der Verwaltung, eine tatsächliche Kreditaufnahme zu vermeiden, sollte zur Sicherheit durch die Eintragung entsprechender Sperrvermerke unterstrichen werden. Sofern der Jahresabschluss 2004 einen Überschuss ausweist, der die eingeplante Kreditaufnahme deckt, können die Sperrvermerke wieder entfallen. Herr Süme beantragt, folgende Haushaltstitel mit einem Sperrvermerk zu versehen:

S. 153	02000.9351	50.000,00	EUR
	Allgemeine Verwaltung – Erweiterung der EDV Anlage		
S. 177	36010.9603	47.700,00	EUR
	Naturschutz- und Landschaftspflege – Grünordnungsplan Schule Ulzburg-Süd / Abschiedskoppel (B-Plan Nr. 99)		
S. 223	63300.9612	200.000,00	EUR
	Ortskerngestaltung – Marktplatz III. BA		
S. 243	77000.9350	60.000,00	EUR
	Baubetriebshof – Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten		



Herr Ostwald hält Herrn Süme vor, die Gelder für die „Lieblingsprojekte“ der CDU-Fraktion, z.B. den Bürgerpark, unangetastet zu lassen und willkürlich - ohne sachlichen Hintergrund - Mittel bei anderen Maßnahmen zu sperren. Genau diese Vorgehensweise zur Bewerkstelligung des Haushaltsausgleichs hat er vorausgesehen und deshalb den seinerzeit mit Mehrheit der CDU-Fraktion gefassten Beschluss zur Bindung von Verkaufserlösen aus Grundstücksverkäufen an bestimmte Investitionsmaßnahmen kritisiert.

Frau Lessing sieht sich nicht in der Lage, unvorbereitet und ohne jegliche Prüfung über diesen Antrag zu entscheiden. Sie beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Die Ausschussmitglieder kommen überein, nach Aussprache und vor Beschlussfassung die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen.

Herr Süme stellt klar, dass keine weiteren Schulden entstehen sollen. Ob es Chancen gibt, schuldenfrei alle Ausgaben zu tätigen, kann erst beurteilt werden, wenn der Jahresabschluss 2004 vorliegt.

Herr Rüster schlägt vor, die Ausgaben für den Bürgerpark mittels Sperrvermerk um die Hälfte zu reduzieren. Er begründet seinen Vorschlag damit, dass aus Sicht des Bürgers der Bürgerpark nicht so dringend ist. Hingegen sind die Personalcomputer für die Verwaltung unverzichtbar, weil es sich um Arbeitsgeräte für die Verwaltungsmitarbeiter handelt.

Herr Schäfer stimmt Herrn Rüster zu. Die CDU-Fraktion hat den Bürgern den Bürgerpark versprochen und beginnt nun damit, falsche Prioritäten zu setzen. Er stellt den Antrag, die Ausgaben für den Bürgerpark auf 300.000,00 EUR herabzusetzen.

Auf Nachfrage von Herrn Schümann erläutert Bgm. Dornquast die im kommenden Haushaltsjahr geplanten Grundstücksangelegenheiten (Seite 247/248). Mit Blick auf den Rückerwerb einiger Gewerbegrundstücke stellt er heraus, dass die seinerzeit geschlossenen Kaufverträge mit einem Rücküberweisungsrecht – nicht jedoch mit einer Rücknahmepflicht – ausgestattet sind. Dementsprechend befindet sich kein Vertrag im Schwebezustand, sondern die Gemeinde entscheidet nach freiem Willen, ob sie diesen Rückkauf tätigt oder nicht.

Jetzt wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Frau Lessing und Herr Ostwald stellen nochmals und unverändert ihren Standpunkt zum Antrag von Herrn Süme dar. Herr Süme bleibt bei seiner Auffassung und begründet seinen Antrag. Es ergibt sich eine kontroverse Diskussion.

Mit dem Vorschlag von Bürgermeister Dornquast über eine getrennte Abstimmung der Einzelanträge und der Verwaltungsvorlage sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Der Antrag von Herrn Schäfer,

**den Haushaltsansatz für die Neugestaltung des
Bürgerparks Beckersberg bei Haushaltsstelle
58000.9600 auf 300.000,00 EUR herabzusetzen,
10 Stimmen
1 Stimme dafür (Schäfer)**

**wird mit
bei
abgelehnt.**



Ausschussvorsitzender Herr Meschede stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung gemäß Vorlage zur Abstimmung. Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses fassen folgenden Beschluss:

Beschluss: **Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung 2005 einschließlich aller Bestandteile und Anlagen gemäß Vorlage zu beschließen.**

Beschlussfassung: **Einstimmig**

Anschließend wird über den Antrag von Herrn Rüster abgestimmt.

Der Antrag von Herrn Rüster

bezüglich der Neugestaltung des Bürgerparks Beckersberg bei Haushaltsstelle 58000.9600 die Hälfte der veranschlagten Ausgaben mit einem Sperrvermerk zu versehen
wird mit 7 Stimmen
bei 4 Stimmen dafür (Bittner, Lessing, Peemöller, Rüster)
abgelehnt.

Jetzt stellt Herr Meschede die Anträge von Herrn Süme einzeln zur Abstimmung.

Der Antrag von Herrn Süme,

die eingeplanten Ausgaben bei Haushaltsstelle 02000.9351 für die Erweiterung der EDV-Anlage mit einem Sperrvermerk in Höhe von 50.000,00 EUR zu versehen,
wird mit 7 Stimmen
bei 4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller, Schäfer)
angenommen.

Der Antrag von Herrn Süme,

die eingeplanten Ausgaben bei Haushaltsstelle 63300.9612 für den III. Bauabschnitt des Marktplatzes mit einem Sperrvermerk in Höhe von 200.000,00 EUR zu versehen,
wird mit 8 Stimmen
bei 3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller)
angenommen.

Der Antrag von Herrn Süme,

die eingeplanten Ausgaben bei Haushaltsstelle 77000.9350 für die Anschaffung von Fahrzeugen



**wird mit
bei
angenommen.**

**und Geräten mit einem Sperrvermerk in Höhe
von 60.000,00 EUR zu versehen,
8 Stimmen
3 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller)**

Der Antrag von Herrn Süme,

**wird mit
bei
angenommen.**

**die eingeplanten Ausgaben bei Haushaltsstelle
36010.9603 für den Grünordnungsplan Schule
Ulzburg-Süd/Abschiedskoppel (B-Plan Nr. 99)
mit einem Sperrvermerk in Höhe von 47.700,00
EUR zu versehen,
7 Stimmen
4 Stimmen dagegen (Bittner, Lessing, Peemöller,
Schäfer)**

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2005 – 2008 mit Finanzplan“

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt den Ausschussmitgliedern der Entwurf der Haushaltssatzung 2005 vor. Dieser enthält den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2005 – 2008 und den Finanzplan.

Bürgermeister Dornquast stellt die Verwaltungsvorlage vor und erläutert insbesondere die Einnahmen und Ausgaben des Finanzplanes.

Herr Schäfer stellt fest, das im Investitionsplan die lfd. Nr. 105 „Wanderweg von der L 326 bis zur Maurepasstraße“ neu hinzugekommen ist. Bürgermeister Dornquast erläutert, dass diese Maßnahme im Zusammenhang mit den Verhandlungen über Ausgleichsverpflichtungen seitens der AKN steht. Einige Details sind im Rahmen dieser Verhandlungen noch zu klären. Er rechnet damit, dass der Vertragsabschluss im Jahre 2005 zustande kommt und mit der Maßnahme begonnen werden kann.

Bezüglich der Frage von Herrn Rüter zur Ausschreibung der Straßenbeleuchtung wird auf die entsprechende Beschlussfassung im Hauptausschuss verwiesen.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Investitionsplan für den Durchführungszeitraum 2005 - 2008 mit Finanzplan gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussfassung:

Einstimmig



Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Anhebung der Übungsleiterzuschüsse im Jugendbereich“

Die Ausschussmitglieder haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beratungsvorlage nebst Anlage erhalten.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Beweggründe, Übungsleiterzuschüsse im Jugendbereich anzuheben und verweist auf den Beschluss des Kultur- und Jugendausschusses vom 15.11.2004.

Beschluss: **Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, für die Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse im Jugendbereich im 1. Nachtrag 2005 zusätzlich Mittel in Höhe von 5.800,00 EUR bereit zu stellen.**

Beschlussfassung: **Einstimmig**

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

Herr Schäfer bittet Bgm. Dornquast, eine qualifizierte Schätzung abzugeben, wie das Ergebnis des Jahresabschlusses 2004 ausfällt. Bgm. Dornquast schätzt, dass

- die geplanten Grund- und Gewerbesteuereinnahmen erreicht werden und sogar darüber hinaus gehen;
- der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer voraussichtlich auf den Punkt genau eintreffen wird und dass
- die Kreisumlage sowie Schlüsselzuweisungen stabil bleiben.

Eine Schätzung der Ausgaben kann Bürgermeister Dornquast momentan nicht abgeben; er bittet um Verständnis und schlägt vor, die Ergebnisse der Jahresabschlussarbeiten abzuwarten.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Ein Einwohner fragt, wie viele Grundstücke an der Olivastraße tatsächlich verkauft sind und ob im Hinblick auf die verbindlichen Bauaufträge ein Einnahmenüberschuss vorhanden ist.

Bürgermeister Dornquast bestätigt, dass durch die Grundstückverkäufe ein Einnahmenüberschuss vorhanden und keine Vorfinanzierung in dieser Angelegenheit notwendig ist.



gez. Michael Meschede
(Ausschussvorsitzender)

gez. Bärbel Brix
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

Anlage

Übersicht über die Verteilung der inneren Leistungsentgelte des Baubetriebshofes auf die Unterabschnitte

HHSt.-Nr.	Bezeichnung	Betrag in EUR
0	Allgemeine Verwaltung	
00000	Gemeindeorgane	300,00
02000	Hauptverwaltung	8.000,00
05100	Statistik und Wahlen	3.000,00
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	
13000	Gemeindewehr Henstedt-Ulzburg	3.000,00
4	Soziale Sicherung	
43500	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose	500,00
43600	Unterkünfte für Asylbewerber	500,00
43610	Unterkünfte für Aussiedler	500,00
5	Gesundheit, Sport, Erholung	
56000	Eigene Sportstätten	60.000,00
58000	Park- und Gartenanlagen	150.000,00
58100	Kinderspielflächen	130.000,00
59100	Wanderwege	93.000,00
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	
63000	Gemeindestraßen	275.000,00
67000	Straßenbeleuchtung	3.000,00
67500	Straßenreinigung	1.000,00
69000	Wasserläufe	1.000,00
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	
70000	Schmutzwasserbeseitigung	60.000,00
70010	Niederschlagswasserbeseitigung	27.000,00
70050	Bedürfnisanstalten	2.600,00
73000	Wochenmärkte	6.000,00
73100	Sonstige Märkte u.ä. Veranstaltungen	4.000,00
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund und Sondervermögen	
88000	Allgemeines Grundvermögen	15.000,00
EP 0-9	Gesamtbetrag Verwaltungshaushalt	843.400,00